

## Telekommunikationsrecht



Übersicht über die Rechtsgrundlagen

# Telekommunikationsgesetz 2003 (TKG 2003)

Die zentrale Rechtsvorschrift des Telekommunikationsrechts in Österreich ist das **Bundesgesetz, mit dem ein Telekommunikationsgesetz erlassen wird (Telekommunikationsgesetz 2003 – TKG 2003)**, BGBl I 2003/70 idF BGBl I 2004/178, 2005/133 und 2009/69. Das TKG 2003 ist in seiner Stammfassung am 20. August 2003 in Kraft getreten.<sup>1</sup>

Für eine nähere Auseinandersetzung mit den konkreten Rechtsvorschriften sind auch die Gesetzesmaterialien (Erläuterungen zur Regierungsvorlage, Verkehrsausschussbericht) von Interesse; diese sind auf der Website des Parlaments [www.parlament.gv.at](http://www.parlament.gv.at) verfügbar:

- Regierungsvorlage zum TKG 2003 (128 BlgNR 22. GP)
- Bericht des Verkehrsausschusses (184 BlgNR 22. GP)

Auch der ursprüngliche Ministerialentwurf sowie die dazu ergangenen Stellungnahmen finden sich auf der Website des Parlaments.

Die **erste Novellierung** des TKG 2003 erfolgte durch BGBl I 2004/178, in Kraft getreten mit 31.12.2004; mit der Novelle wurde nur ein Satz in § 82 Abs 2 TKG 2003 eingefügt; demnach sind nunmehr für Bewilligungen zur Errichtung und zum Betrieb von Funkanlagen für Rettungsaufgaben und Aufgaben der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit keine Gebühren zu entrichten.

Die **zweite Novellierung** des TKG 2003 erfolgte durch BGBl I 2005/133; die Änderungen betreffen die Zielbestimmungen (neu ist die ausdrückliche Bezugnahme auf die Interessen behinderter Nutzer), die Regelungen zum Universaldienst (Entfall des Ausschreibungserfordernisses, wenn die Universaldienstleistung Auskunftsdienst im Wettbewerb erbracht wird), ein Detail des Marktanalyseverfahrens (ausdrückliche Einräumung eines Stellungnahmerechts für die Wettbewerbsbehörden) und die Spam-Regelungen in § 107 TKG 2003 (auch Werbemails an Unternehmer bedürfen nunmehr deren vorhergehender Zustimmung). Die Änderungen sind – mit Ausnahme der Bestimmungen zum Universaldienst – eine Reaktion auf ein von der Europäischen Kommission eingeleitetes Vertragsverletzungsverfahren wegen mangelhafter Richtlinienumsetzung; sie traten – wiederum mit Ausnahme der Bestimmungen zum Universaldienst – mit 1. März 2006 in Kraft.

Die **dritte Novellierung** des TKG 2003 erfolgte durch BGBl I 2009/65. Die Änderungen betreffen vor allem die Bestimmungen über die Leitungs- und Mitbenutzungsrechte (2. Abschnitt des TKG 2003, §§ 5 bis 13); hier soll es zu Erleichterungen bei der Mitbenutzung kommen, insbesondere sieht die Novelle auch vor, dass die Inhaber von Kabelschächten und Rohren (ducts) die Mitbenutzen gestatten müssen. Weitere – eher symbolische – Änderungen betreffen den 5. Abschnitt (Wettbewerbsregulierung) sowie die Zweckbestimmung (§ 1). Schließlich wird auch das Zuwiderhandeln gegen die Roaming-Verordnung unter Strafe gestellt.

---

<sup>1</sup> Mit In-Kraft-Treten des TKG 2003 wurde das *Bundesgesetz betreffend die Telekommunikation (Telekommunikationsgesetz – TKG)*, BGBl I 1997/100, in der Fassung BGBl I 1998/98, 1999/27, 1999/159, 1999/188, 2000/26, 2001/32, 2001/134, 2002/32, 2002/134, aufgehoben.

Ein erster Entwurf für eine TKG-Novelle zur Umsetzung der Richtlinie über die Vorratsspeicherung von Daten wurde im April 2007 zur Begutachtung versandt; in der Folge wurde jedoch bislang noch keine Regierungsvorlage beschlossen.<sup>2</sup> Im November 2009 wurde ein zweiter Entwurf zur Begutachtung versandt (Frist bis zum 15.1.2010), der auf Vorarbeiten des Ludwig Boltzmann Instituts für Menschenrechte aufbaut.

Eine weitere, überwiegend verfahrensrechtliche Bestimmung betreffende Änderung des TKG 2003 ist in der Regierungsvorlage für die Rundfunkrechtsreform 2010 (611 BlgNR 24. GP) vorgesehen.

## FTEG, FeZG, KOG und sonstige Gesetze

Das **Bundesgesetz über Funkanlagen und Telekommunikationsendeinrichtungen (FTEG)**, BGBl I 2001/134 idF BGBl I 2002/25 und BGBl I 2005/133, dient der Umsetzung der EU-Richtlinie über Funkanlagen und Telekommunikationsendeinrichtungen; es enthält Vorschriften für die Konformitätsbewertung, die CE-Kennzeichnung, das Inverkehrbringen und die Inbetriebnahme von Funkanlagen und Telekommunikationsendeinrichtungen, Bestimmungen über „benannte Stellen“ für Aufgaben im Zusammenhang mit der Konformitätsbewertung sowie Regeln für die Marktüberwachung.

Die früher sogenannte „Telefon-Gebührenbefreiung“ wurde mit Wirksamkeit ab 1. Jänner 2001 durch das Bundesgesetz über Zuschussleistungen zu Fernsprechentgelten (**Fernsprechentgeltezuschussgesetz - FeZG**), BGBl I 2000/142 idF BGBl I 2002/32) neu geregelt.<sup>3</sup> Zum Teil sind die Grundlagen für die "Gebührenbefreiung" noch im **Fernmeldegebührengesetz** (BGBl 1970/170, zuletzt geändert durch BGBl I 2003/71) geregelt.

Für den Amateurfunkverkehr besteht eine gesonderte gesetzliche Regelung mit dem Bundesgesetz betreffend den Amateurfunkdienst (**Amateurfunkgesetz 1998 - AFG**; BGBl I 1999/25 idF BGBl I 2002/32); für Funker relevant ist ferner das Bundesgesetz betreffend Funker-Zeugnisse (**Funker-Zeugnisgesetz 1998 – FZG**; BGBl I 1999/26 idF BGBl I 2002/32).

Für die Organisation der Regulierungsbehörden wesentlich ist das Bundesgesetz über die Einrichtung einer „Kommunikationsbehörde Austria“ („KommAustria“) und eines Bundeskommunikationssenates (**KommAustria-Gesetz – KOG**), BGBl I 2001/32 idF BGBl I 2003/70, BGBl I 2003/71, BGBl I 2003/136, BGBl I 2004/97, BGBl I 2005/3, BGBl I 2005/21, BGBl I 2006/9<sup>4</sup>, BGBl I 2007/15<sup>5</sup>, BGBl I 2007/52<sup>6</sup>, BGBl I 2009/52<sup>7</sup>, BGBl I 2009/123<sup>8</sup>, BGBl I 2009/134<sup>9</sup>).

---

<sup>2</sup> Die Frist zur Umsetzung der Richtlinie ist bereits abgelaufen (teilweise mit 15. September 2007, teilweise mit 15. März 2009); ein Vertragsverletzungsverfahren ist beim EuGH anhängig (C-189/09).

<sup>3</sup> Parlamentarische Materialien: RV 311 BlgNR 21. GP; AB 369 BlgNR 21. GP. Dazu ist die Fernsprechentgeltezuschussverordnung, BGBl II 2001/90 idF BGBl II 2001/388, ergangen, in der die Höhe der monatlichen Zuschussleistung festgelegt wurde. Ein Ministerialentwurf für eine Novelle zum FezG wurde am 4. März 2008 zur Begutachtung versandt, es kam aber danach zu keiner Regierungsvorlage bzw zu keinem Gesetzesbeschluss.

<sup>4</sup> Die durch die Novelle BGBl I 2006/9 vorgenommenen Änderungen traten mit 1.7.2006 in Kraft; aus der Sicht des Telekomrechts relevant ist die – durch Art 4 Abs 1 letzter Satz der Rahmenrichtlinie gebotene – Änderung in § 14 Abs 1 KOG, wonach abweichend von

Die Rechtsgrundlagen für die organisatorische Strukturierung der früher hoheitlichen Post- und Telegraphenverwaltung, für die Ausgliederung, Teil-Privatisierung und für die arbeitsrechtlichen Begleitmaßnahmen finden sich im **Poststrukturgesetz** (BGBl 1996/201, zuletzt geändert durch BGBl I 2009/52) und im **Post-Betriebsverfassungsgesetz** (BGBl 1996/326, zuletzt geändert durch BGBl I 2009/135).

## Verordnungen

Das TKG 2003 wird durch Verordnungen des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie (früher: Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr) sowie der Regulierungsbehörden (Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH, Telekom-Control-Kommission<sup>10</sup> und KommAustria) näher konkretisiert;<sup>11</sup> daneben sind auch noch Verordnungen zum TKG 1997 und teilweise auch noch zum Fernmeldegesetz 1993 in Geltung; im Folgenden sind die Verordnungen zum TKG 2003 sowie die wesentlichsten Verordnungen zu den "Nebengesetzen" (KOG, FeZG, FTEG, FZG, AFG) angeführt:

### Frequenzen:

- Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft, Verkehr und Kunst, mit der Frequenzen und Frequenzbänder für europaweit harmonisierte Funkssysteme gewidmet werden (**Frequenzwidmungsverordnung**) (BGBl 1996/313)
- Verordnung des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie betreffend die Frequenzbereichszuweisung (**Frequenzbereichszuwei-**

---

§ 64 AVG Berufungen gegen bestimmte Entscheidungen der KommAustria keine aufschiebende Wirkung haben.

<sup>5</sup> Aufhebung einer Wortfolge in § 2 KOG durch den VfGH.

<sup>6</sup> Die Novelle diente im Wesentlichen der „Reparatur“ des § 2 KOG nach der Aufhebung einer Wortfolge in dieser Bestimmung durch den VfGH.

<sup>7</sup> Einführung von Fonds zur Förderung des nichtkommerziellen Rundfunks, des privaten Rundfunks und der Selbstkontrolle bei der kommerziellen Kommunikation.

<sup>8</sup> Änderungen im Zusammenhang mit der Erlassung des Postmarktgesetzes.

<sup>9</sup> Mit dieser Novelle wurde das Recht der zuständigen Regierungsmitglieder, sich über alle Gegenstände der Geschäftsführung des Bundeskommunikationssenates, der Telekom-Control-Kommission und der Post-Control-Kommission zu unterrichten, eingeführt. Weitere Änderungen sind in der Regierungsvorlage für die Rundfunkrechtsreform 2010, 611 BlgNR 24. GP, vorgesehen.

<sup>10</sup> Mit Erkenntnis vom 6. Oktober 2006, G 151-153/05-17, V 115-117/05-17, hat der VfGH (im Zusammenhang mit einer Verordnung der Übernahmekommission) ausgesprochen, dass die Einräumung von Verordnungsermächtigungen an Kollegialbehörden iSd Art 133 Z 4 B-VG verfassungsrechtlich nicht zulässig ist. Damit dürfte auch der Verordnungsermächtigung an die Telekom-Control-Kommission – betreffend die Schwellenwerte gemäß § 10 Abs 6 KOG die verfassungsrechtliche Grundlage fehlen.

<sup>11</sup> Die Verordnungen der Regulierungsbehörden sind gemäß § 135 Abs 2 TKG 2003 durch Auflage zur Einsicht bei der RTR-GmbH kundzumachen; sie sind zudem auf der Website [www.rtr.at](http://www.rtr.at) zu veröffentlichen. Die Verordnungen der RTR-GmbH (nicht aber jene der KommAustria und der Telekom-Control-Kommission) sind zudem auf Grund einer Verordnung des Bundeskanzlers (zusätzlich) seit 17. Februar 2005 auch im Bundesgesetzblatt II zu verlautbaren.

**sungsverordnung 2005 – FBZV 2005**), BGBl II 2005/306 idF BGBl II 2006/524, 2009/234 und 2009/332

- Verordnung des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie betreffend die Frequenznutzung (**Frequenznutzungsverordnung 2005 – FNV 2005**) BGBl II 2005/307 idF BGBl II 2006/525, berichtigt durch BGBl II 2007/244, idF BGBl II 2008/121, 2009/233 und 2009/333.

#### Funkanlagen/Endgeräte/EMV:

- Verordnung des Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit und des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie über elektromagnetische Verträglichkeit (**Elektromagnetische Verträglichkeitsverordnung 2006 – EMVV 2006**), BGBl II 2006/529<sup>12</sup>
- Verordnung des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie betreffend die Festsetzung von Luftschnittstellen für Funkanlagen (**Funkschnittstellen-Beschreibungsverordnung – FSBV**) (BGBl II 2003/454 idF BGBl II 2004/462, 2005/146, 2006/41, 2006/503, 2008/388, 2008/427 und 2009/120)
- Verordnung des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie, mit der **generelle Bewilligungen** erteilt werden (BGBl II 2003/542 idF BGBl II 2004/461, 2005/147, 2006/40, 2006/502, 2008/389, 2008/428 und 2009/119)
- Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft, Verkehr und Kunst über die Kennzeichnung von Funkanlagen und Endgeräten (**Funkanlagen und Endgeräte-Kennzeichnungsverordnung – FEKV**) (BGBl II 1998/87 idF BGBl II 1998/384)
- Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft, Verkehr und Kunst, mit der bestimmte Funkempfangsanlagen für bewilligungspflichtig erklärt werden (**Funkempfangsanlagenverordnung**) (BGBl 1996/652)
- Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft und Verkehr über die Erklärung der Einhaltung technischer Vorschriften durch den Hersteller von Endgeräten (**Endgeräte-Herstellerklärungsverordnung**) (BGBl II 1997/122)
- Verordnung des Bundesministers für öffentliche Wirtschaft und Verkehr über Konformitätsbewertungsverfahren bei der Zulassung von Endgeräten (**Konformitätsbewertungsverordnung**) (BGBl 1994/791)
- Verordnung des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie, mit der Bestimmungen für die Errichtung und den Betrieb von Funkanlagen des festen Funkdienstes und des beweglichen Landfunkdienstes im Bereich von 29,7 bis 960 MHz festgesetzt werden (**Betriebsfunkverordnung – BFV**) – (BGBl II 2004/264 idF BGBl II 2006/260)
- Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft und Verkehr zur Durchführung des Amateurfunkgesetzes (**Amateurfunkverordnung – AFV**) – (BGBl II 1999/126 idF BGBl II 2002/69, 2003/455, 2004/89, 2006/42 und 2008/390)

---

<sup>12</sup> Soweit die Verordnung durch den BMVIT erlassen wurde, wird sie nach der Promulgationsklausel gestützt auf § 73 Abs 3 TKG 2003 (der jedoch nur Funkanlagen und Telekommunikationsendeinrichtungen betrifft, die wiederum ganz überwiegend durch das FTEG erfasst sind und der EMVV 2006 gemäß deren § 3 Abs 2 Z 1 gerade nicht unterliegen), nicht aber auf § 16 Abs 3 TKG 2003 (Bestimmungen zur Aufrechterhaltung der Netzintegrität; vgl dazu auch Punkt A.15 des Anhangs zur Genehmigungs-RL).

- Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft und Verkehr zur Durchführung des Funker-Zeugnisgesetzes (**Funker-Zeugnisgesetz-durchführungsverordnung - FZV**) – (BGBl II 1999/85 idF BGBl II 2002/68)
- Verordnung des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie, mit der die technischen und betrieblichen Bestimmungen für die Errichtung und den Betrieb von Funkanlagen im Binnenschiffahrtfunk auf Wasserstraßen festgesetzt werden (**Binnenschiffahrtfunkverordnung – BSFV**) – (BGBl II 2002/320 idF BGBl II 2005/286)
- Verordnung des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie über die Veröffentlichung von **Schnittstellenbeschreibungen** (BGBl II 2003/336)<sup>13</sup>

#### Entgelte/Tarifgestaltung/Kostenrechnung:

- Verordnung der Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie über Fernsprechentgeltzuschüsse (**Fernsprechentgeltzuschussverordnung - FEZVO**) – (BGBl II 2001/90 idF BGBl II 2001/388)<sup>14</sup>
- Verordnung der Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH vom 1. Dezember 2003, mit der der Detaillierungsgrad und die Form der Bereitstellung des Entgeltnachweises festgelegt werden, in der Fassung der Verordnung vom 24. Februar 2006, BGBl II 2006/85, (**Einzelentgelt-nachweisverordnung – EEN-V**) [www.rtr.at](http://www.rtr.at)
- [Verordnung des Bundesministers für öffentliche Wirtschaft und Verkehr, mit der Rahmenbedingungen für die Erlassung von Geschäftsbedingungen für die Überlassung von Übertragungswegen sowie für die Erbringung reservierter Fernmeldedienste festgelegt werden (**Rahmenrichtlinien-verordnung**) (BGBl 1994/756)]<sup>15</sup>
- [Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft, Verkehr und Kunst über ein Tarifgestaltungssystem für bestimmte Fernmeldedienste (**Telekom-Tarifgestaltungsverordnung**) (BGBl 1996/650)]<sup>16</sup>

#### Nummerierung:

- Verordnung der Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH, mit der Bestimmungen für Kommunikationsparameter, Entgelte und Mehrwertdienste festgelegt werden (**Kommunikationsparameter-, Entgelt- und Mehrwertdiensteverordnung 2009 – KEM-V 2009**), BGBl II 2009/212, berichtigt mit BGBl II 2009/265, geändert durch BGBl II 2010/109 und 2010/333.
- Verordnung der Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH vom 27. Oktober 2003, mit der ein Teilplan für Kommunikationsparameter festgelegt wird (**spezielle Kommunikationsparameter-Verordnung – SKP-V**) [www.rtr.at](http://www.rtr.at)
- Verordnung des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie betreffend die Übertragung von Nummern zwischen Mobilfunknetzen (**Nummernübertragungsverordnung – NÜV**) (BGBl II 2003/513)

<sup>13</sup> Diese Verordnung basiert auf § 5 FTEG.

<sup>14</sup> Diese Verordnung beruht auf § 6 FeZG.

<sup>15</sup> Diese Verordnung wurde auf Basis des FG 1993 erlassen; ihr wurde teilweise bereits materiell derogiert bzw findet sich nicht für alle in der Verordnung enthaltenen Regelungen eine eindeutige gesetzliche Grundlage im TKG 2003.

<sup>16</sup> Diese Verordnung wurde auf Basis des FG 1993 erlassen; ihr wurde teilweise bereits materiell derogiert bzw findet sich nicht für alle in der Verordnung enthaltenen Regelungen eine eindeutige gesetzliche Grundlage im TKG 2003.

#### Zusammenschaltung:

- Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft und Verkehr zur näheren Bestimmung der Zusammenschaltung (**Zusammenschaltungsverordnung**) (BGBl II 1998/14)

#### Marktdefinition:

- Verordnung der Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH, mit der der sektorspezifischen Regulierung unterliegende relevante nationale Märkte für den Telekommunikationssektor festgelegt werden (**Telekommunikationsmärkteverordnung 2008 – TKMV 2008**), BGBl II 2008/505 idF BGBl II 2009/93, BGBl II 2009/265 (Druckfehlerberichtigung) und BGBl II 2009/468
- Verordnung der Kommunikationsbehörde Austria (KommAustria) vom 27. April 2009 über die der sektorspezifischen Regulierung unterliegenden relevanten nationalen **Märkte für Rundfunk-Übertragungsdienste** zur Bereitstellung von Sendeinhalten für Endnutzer (Rundfunkmarktdefinitionsverordnung 2009 – RFMVO 2009) [www.rtr.at](http://www.rtr.at)

#### Gebühren:

- Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft und Verkehr über Gebühren im Bereich der Telekommunikation (**Telekommunikationsgebührenverordnung – TKGV**) (BGBl II 1998/29 idF BGBl II 2001/110, 2001/337, 2001/388, 2004/161, 2006/190, 2006/438<sup>17</sup>, 2008/82)
- Verordnung der Kommunikationsbehörde Austria (KommAustria) vom 27. Juli 2001 über Frequenznutzungsgebühren für terrestrischen Rundfunk sowie über Gebühren für Bewilligungen und Zulassungen nach dem Telekommunikationsgesetz, soweit Frequenzen für terrestrischen Rundfunk betroffen sind (**Rundfunk-Frequenznutzungsgebührenverordnung – RFGV**) – Amtsblatt zur Wiener Zeitung vom 2.8.2001 (bzw. [www.rtr.at](http://www.rtr.at))
- Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft und Verkehr über Gebühren im Bereich des Amateurfunks (**Amateurfunkgebührenverordnung – AFGV**) – (BGBl II 1999/125 idF BGBl II 2001/111 und 2001/388)
- Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft und Verkehr über Gebühren im Funker-Zeugniswesen (**Funker-Zeugnisgebührenverordnung – FZGV**) – (BGBl II 1999/124 idF BGBl II 2001/388)
- Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft und Verkehr über die Vergütung für Prüfer und Schriftführer (BGBl II 1999/98 idF BGBl II 2001/388)

#### Universaldienst:

- Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft und Verkehr, mit der Qualitätskriterien für den Universaldienst festgelegt werden (**Universaldienstverordnung – UDV**) (BGBl II 1999/192 idF BGBl II 2000/173 und 2006/400)

#### Überwachung des Fernmeldeverkehrs:

- Verordnung der Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie über die Überwachung des Fernmeldeverkehrs (**Überwachungsverordnung – ÜVO**) (BGBl II 2001/418 idF BGBl II 2003/559)

---

<sup>17</sup> Mit Inkrafttreten der TKGV-Novelle BGBl II 2006/438 (22.11.2006) ist die Gebührenverordnung-Mobilfunk, BGBl II 2004/210, außer Kraft getreten.

- Verordnung der Bundesministerin für Justiz über den Ersatz der Kosten der Betreiber für die Mitwirkung an der Überwachung einer Telekommunikation (**Überwachungskostenverordnung – ÜKVO**) (BGBl II 2004/322 idF BGBl II 2009/261)
- Verordnung der Bundesministerin für Justiz über den Ersatz der Investitionskosten der Betreiber für die Bereitstellung aller Einrichtungen, die zur Auskunft von Daten und zur Überwachung des Inhalts einer Telekommunikation erforderlich sind (**Investitionskostenverordnung – IKVO**) (BGBl II 2008/320)

#### Richtsätze gemäß § 7 TKG 2003

- Verordnung der Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH, mit der ein bundesweit einheitlicher Richtsatz zur einmaligen Abgeltung der Nutzung von durch Recht gesicherten Leitungen oder Anlagen auch für die Errichtung, den Betrieb, die Erweiterung oder die Erneuerung von Kommunikationslinien durch deren Inhaber festgelegt wird (**Telekom-Richtsatzverordnung 2009 – TRV 2009**), BGBl II 2009/238
- Verordnung der Kommunikationsbehörde Austria (KommAustria), der ein bundesweit einheitlicher Richtsatz zur einmaligen Abgeltung der Nutzung von durch Recht gesicherten Leitungen oder Anlagen auch für die Errichtung, den Betrieb, die Erweiterung oder die Erneuerung von Kommunikationslinien durch deren Inhaber festgelegt wird (**Rundfunk-Richtsatzverordnung 2009 – RRV 2009**), www.rtr.at

#### Statistik:

- Verordnung des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie, mit der statistische Erhebungen für den Bereich Kommunikation angeordnet werden (**Kommunikations-Erhebungs-Verordnung – KEV**) – (BGBl II 2004/365)

#### Organisation:

- Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft und Verkehr über die **Sitzungsgelder der Telekom-Control-Kommission** (BGBl II 1998/219 idF BGBl II 2001/380 und BGBl II 2009/54)
- Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft und Verkehr, mit der Aufgaben an die Gebühreninkasso Service GmbH übertragen werden (**Übertragungsverordnung**) – (BGBl II 2000/38 idF BGBl II 2000/269)
- Verordnung der Kommunikationsbehörde Austria (KommAustria) vom 6.3.2006, mit der eine Umsatzgrenze festgelegt wird, bei deren Unterschreitung durch einen Beitragspflichtigen dessen Umsätze nicht bei der Berechnung des branchenspezifischen Gesamtumsatzes berücksichtigt werden (**Schwellenwertverordnung Rundfunk 2006 – SVO-RF 2006**) [basiert auf § 10a Abs 5 KOG] www.rtr.at
- Verordnung der Telekom-Control-Kommission<sup>18</sup> vom 6.3.2006, mit der eine Umsatzgrenze festgelegt wird, bei deren Unterschreitung durch einen Beitragspflichtigen dessen Umsätze nicht bei der Berechnung des branchenspezifischen Gesamtumsatzes berücksichtigt werden (**Schwellenwertverordnung Telekommunikation 2006 – SVO-TK 2006**) [basiert auf § 10 Abs 6 KOG] www.rtr.at

---

<sup>18</sup> S dazu FN 10!



Sonstiges:

- Verordnung des Bundeskanzlers über die Verlautbarung von Verordnungen der Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH (RTR-GmbH) im Bundesgesetzblatt II [basiert auf § 4 Abs 3 BGGIG], BGBl II 2005/38
- Verordnung des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie über Dienstaussweise für Organe der Fernmeldebehörde, BGBl II 2007/98.

Eine Übersicht über die Verordnungsermächtigungen nach dem TKG 2003 findet sich im Anhang.

## Europarechtliche Grundlagen

Das österreichische Telekommunikationsrecht in seiner derzeitigen Form ist ganz wesentlich geprägt von gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben. Primärrechtlich sind vor allem die wettbewerbsrechtlichen Bestimmungen des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union von Bedeutung (Art 101, 102 und 106 AEUV [ex-Art 81, 82 und 86 EG], sowie die Beihilfenbestimmungen in Art 107 AEUV [ex-Art 87 EG]).

Auf der Grundlage der primärrechtlichen Bestimmungen wurden zur Liberalisierung und Harmonisierung von der EU-Kommission bzw. von Rat und Parlament mehrere Richtlinien und Entscheidungen erlassen.<sup>19</sup> Dabei hat der „Neue Rechtsrahmen für elektronische Kommunikationsnetze und –dienste“ – ein Paket aus fünf Einzelrichtlinien – mit Wirkung ab 25. Juli 2003 im Wesentlichen das „Reformpaket“ aus den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts abgelöst.

Im Dezember 2009 wurden zwei Richtlinien mit Änderungen der bestehenden Richtlinien sowie eine Verordnung zur Einrichtung des Gremiums Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation kundgemacht; die Umsetzung der neuen Richtlinien muss bis 25. Mai 2011 erfolgen.

Der „[Neue] Rechtsrahmen“ besteht aus folgenden Richtlinien:

- Richtlinie 2002/21/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. März 2002 über einen gemeinsamen Rechtsrahmen für elektronische Kommunikationsnetze und –dienste (**Rahmenrichtlinie**), ABI L 108 v 24.4.2002, S 33; geändert durch RL 2009/140/EG, ABI L 337 v 18.12.2009, S 37;
- Richtlinie 2002/19/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. März 2002 über den Zugang zu elektronischen Kommunikationsnetzen und zugehörigen Einrichtungen sowie deren Zusammenschaltung (**Zugangsrichtlinie**), ABI L 108 v 24.4.2002, S 7; geändert durch RL 2009/140/EG, ABI L 337 v 18.12.2009, S 37;
- Richtlinie 2002/20/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. März 2002 über die Genehmigung elektronischer Kommunikationsnetze und –dienste (**Genehmigungsrichtlinie**), ABI L 108 v 24.4.2002, S 21; geändert durch RL 2009/140/EG, ABI L 337 v 18.12.2009, S 37;
- Richtlinie 2002/22/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. März 2002 über den Universaldienst und Nutzerrechte bei elektronischen Kommunikationsnetzen und –diensten (**Universaldienstrichtlinie**), ABI L 108 v 24.4.2002, S 51; geändert durch RL 2009/136/EG, ABI L 337 v 18.12.2009, S 11;
- Richtlinie 2002/58/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 2002 über die Verarbeitung personenbezogener Daten und den Schutz der Privatsphäre im Bereich der elektronischen Kommunikation (**Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation**), ABI L 201 vom 31.7.2002, S. 37), geändert durch RL 2006/24/EG und durch RL 2009/136/EG, ABI L 337 v 18.12.2009, S 11;

---

<sup>19</sup> Die EU-Rechtstexte sind auf <http://eur-lex.europa.eu/de/index.htm> verfügbar; eine übersichtliche Zusammenstellung zum Telekomrecht ist auf den Seiten der Generaldirektion Informationsgesellschaft der Europäischen Kommission zu finden: [http://ec.europa.eu/information\\_society/policy/ecomm/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/information_society/policy/ecomm/index_en.htm)

Ergänzend zum neuen Rechtsrahmen wurde die RL zur Vorratsspeicherung von Daten – in der Literatur auch als „Spitzelrichtlinie“ bezeichnet<sup>20</sup> – erlassen:

- Richtlinie 2006/24/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2006 über die **Vorratsspeicherung von Daten**, die bei der Bereitstellung öffentlich zugänglicher elektronischer Kommunikationsdienste oder öffentlicher Kommunikationsnetze erzeugt oder verarbeitet werden, und zur Änderung der Richtlinie 2002/58/EG (ABI L 154 vom 13.4.2006, S. 54).

Mit dem Reformpaket 2009 wurde auch eine Verordnung zur Errichtung des GEREK erlassen:

- Verordnung (EG) Nr. 1211/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 zur Einrichtung des Gremiums Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (**GEREK**) und des Büros, ABI L 337 v 18.12.2009, S 1;

Rechtsakte, die unmittelbar mit dem „Neuen Rechtsrahmen“ zusammenhängen:

- Entscheidung Nr. 676/2002/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. März 2002 über einen Rechtsrahmen für die Funkfrequenzpolitik in der Europäischen Gemeinschaft (**Frequenzentscheidung**), (ABI L 108 v 24.4.2002, S 1);
- Richtlinie 2002/77/EG der Kommission vom 16. September 2002 über den **Wettbewerb** auf den Märkten für elektronische Kommunikationsnetze und –dienste, ABI L 249 vom 17.9.2002, S. 21;
- Verordnung 717/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2007 über das **Roaming** in öffentlichen Mobilfunknetzen in der Gemeinschaft und zur Änderung der Richtlinie 2002/21/EG (ABI L 171 vom 29.6.2007, S. 32), in der Fassung der Verordnung (EG) Nr. 544/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 (ABI L 167 vom 29.6.2009, S. 12).

Weitere Rechtsakte:

- Richtlinie 1999/5/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 1999 über **Funkanlagen und Telekommunikationsendeinrichtungen** und die gegenseitige Anerkennung ihrer Konformität, ABI L 91 vom 7.4.1999, S. 10, geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 596/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 zur Anpassung einiger Rechtsakte, für die das Verfahren des Artikels 251 des Vertrags gilt, an den Beschluss 1999/468/EG des Rates in Bezug auf das Regelungsverfahren mit Kontrolle — Anpassung an das Regelungsverfahren mit Kontrolle — Vierter Teil, ABI L 188 vom 18.07.2009, S 14.
- Richtlinie 91/287/EWG des Rates vom 3. Juni 1991 über das Frequenzband, das für die koordinierte Einführung europäischer schnurloser Digital-Kommunikation (**DECT**) in der Gemeinschaft vorzusehen ist, ABI L 144 vom 8.6.1991, S. 45
- Entscheidung 2005/513/EG der Kommission vom 11. Juli 2005 über die harmonisierte Nutzung von Funkfrequenzen in den 5-GHz-Bändern für die Einführung drahtloser Zugangssysteme einschließlich lokaler Funknetze (**WAS/Funk-LANs**), ABI L 187 vom 19.7.2005, S 22, geändert durch die

---

<sup>20</sup> *Otto/Seitlinger*, Die „Spitzelrichtlinie“, MR 2006, 227; *Schmidbauer*, Die Spitzelrichtlinie, <http://www.internet4jurists.at/news/aktuell77a.htm>.

Entscheidung 2007/90/EG der Kommission vom 12. Februar 2007, ABL L 41 vom 13.2.2007, S 10

- Entscheidung 2005/928/EG der Kommission vom 20. Dezember 2005 zur Harmonisierung des Frequenzbands 169,4 – 169,8125 MHz in der Gemeinschaft, ABI L 344 vom 27.12.2005, S. 47<sup>21</sup>; geändert durch Entscheidung 2008/673/EG der Kommission vom 13. August 2008, ABI L 220 vom 15.8.2008, S. 29
- Entscheidung 2006/771/EG der Kommission vom 9. November 2006 zur Harmonisierung der Frequenznutzung durch **Geräte mit geringer Reichweite**, ABI L 312 vom 11.11.2006, S 66, geändert durch die Entscheidung 2008/432/EG der Kommission vom 23. Mai 2008, ABI L 151 vom 11.6.2008, S. 49, und die Entscheidung 2009/381/EG vom 13. Mai 2009, ABI L 119 vom 14.5.2009, S. 32
- Entscheidung 2006/804/EG der Kommission vom 23. November 2006 zur Harmonisierung der Frequenzbänder für Geräte zur Funkfrequenzkennzeichnung (**RFID-Geräte**) im Ultrahochfrequenzband (UHF), ABI L 329 vom 25.11.2006, S 64 (s dazu auch die Entscheidung 2007/346/EG der Kommission vom 16. Mai 2007 zur Gewährung einer von Frankreich beantragten Ausnahmegenehmigung auf der Grundlage der Entscheidung 2006/804/EG, ABI L 130 vom 22.5.2007, S 43)
- Entscheidung 2007/98/EG der Kommission vom 14. Februar 2007 zur harmonisierten Nutzung von Funkfrequenzen in den 2-GHz-Frequenzbändern für die Einrichtung von **Satellitenmobilfunkssystemen**, ABI L 43 vom 15.2.2007, S 32
- Entscheidung 2007/131/EG der Kommission vom 21. Februar 2007 über die Gestattung der harmonisierten Funkfrequenznutzung für **Ultrabreitbandgeräte** in der Gemeinschaft, ABI L 55 vom 23.2.2007, S 33; geändert mit Entscheidung 2009/343/EG der Kommission vom 21. April 2009, ABI L 105 vom 25.4.2009, S 9
- Entscheidung 2008/294/EG der Kommission vom 7. April 2008 über harmonisierte Frequenznutzungsbedingungen für den Betrieb von **Mobilfunkdiensten an Bord von Flugzeugen** (MCA-Diensten) in der Europäischen Gemeinschaft, ABI L 98 vom 10.4.2008, S. 19<sup>22</sup>
- Richtlinie 87/372/EWG des Rates vom 25. Juni 1987 über die Frequenzbänder, die für die koordinierte Einführung eines europaweiten öffentlichen **zellularen digitalen terrestrischen Mobilfunkdienstes** in der Gemeinschaft bereitzustellen sind, ABI L 196 vom 17.7.1987, S. 85, in der Fassung der Richtlinie 2009/114/EG, ABI L 274 vom 20.10.2009, S 25.
- Entscheidung 2007/116/EG der Kommission vom 15. Februar 2007 über die Reservierung der mit „**116**“ beginnenden nationalen Nummernbereiche für einheitliche Rufnummern für harmonisierte Dienste von sozialem Wert, ABI L 49 vom 17.2.2007, S 30
- Entscheidung 2007/698/EG der Kommission vom 29. Oktober 2007 zur Änderung der Entscheidung 2007/116/EG bezüglich der Reservierung

---

<sup>21</sup> Diese Entscheidung tritt an die Stelle der mit Richtlinie 2005/82/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2005, ABI L 344 vom 27.12.2005, S. 38, aufgehobenen Richtlinie 90/544/EWG des Rates vom 9. Oktober 1990 über die Frequenzbänder für die koordinierte Einführung eines europaweiten terrestrischen öffentlichen Funkrufsystems in der Gemeinschaft, ABI L 310 vom 9.11.1990, S. 28.

<sup>22</sup> Beachte dazu die Information über die Mindesthöhe für den Betrieb von Mobilfunkdiensten an Bord von Flugzeugen (MCA-Diensten) über Teilen des österreichischen Staatsgebiets, übermittelt von Österreich gemäß Artikel 4 der Entscheidung 2008/294/EG der Kommission, ABI C 151 vom 03.07.2009, S 24.

weiterer mit **116** beginnender Rufnummern, ABI L 284 vom 30.10.2007, S 31

- Entscheidung 2009/884/EG der Kommission vom 30. November 2009 zur Änderung der Entscheidung 2007/116/EG bezüglich der Reservierung weiterer mit „116“ beginnender Rufnummern, ABI L 317 vom 3.12.2009, S 46
- Entscheidung 2007/176/EG der Kommission vom 11. Dezember 2006 über das Verzeichnis der **Normen und Spezifikationen** für elektronische Kommunikationsnetze und -dienste sowie zugehörige Einrichtungen und Dienste, ABI L 86 vom 27.3.2007, S 11; geändert durch die Entscheidung 2008/286/EG der Kommission vom 17. März 2008, ABI L 93 vom 4.4.2008, S 24
- Entscheidung 2007/344/EG der Kommission vom 16. Mai 2007 über die einheitliche **Bereitstellung von Informationen über die Frequenznutzung** in der Gemeinschaft, ABI L 129 vom 17.5.2007, S 67
- Entscheidung 2008/411/EG der Kommission vom 21. Mai 2008 zur **Harmonisierung des Frequenzbands 3400—3800 MHz** für terrestrische Systeme, die elektronische Kommunikationsdienste in der Gemeinschaft erbringen können, ABI L 144 vom 4.6.2008, S 77
- Entscheidung 2008/477/EG der Kommission vom 13. Juni 2008 zur Harmonisierung des **Frequenzbands 2500 – 2690 MHz** für terrestrische Systeme, die elektronische Kommunikationsdienste in der Gemeinschaft erbringen können, ABI L 163 vom 24.6.2008, S. 37
- Richtlinie 2008/63/EG der Kommission vom 20. Juni 2008 über den **Wettbewerb auf dem Markt für Telekommunikationsendeinrichtungen**, ABI L 162 vom 21.6.2008, S. 20
- Entscheidung Nr. 626/2008/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Juni 2008 über die Auswahl und Genehmigung von Systemen, die **Satellitenmobilfunkdienste (MSS)** erbringen<sup>23</sup>
- Entscheidung 2008/671/EG der Kommission vom 5. August 2008 zur harmonisierten Nutzung von Funkfrequenzen im **Frequenzband 5875 – 5905 MHz** für sicherheitsbezogene Anwendungen intelligenter Verkehrssysteme (IVS), ABI L 220 vom 15.8.2008, S. 24; dazu: Entscheidung der Kommission vom 25. Februar 2009 zur Genehmigung einer **Ausnahmeregelung für Österreich**, ABI L 53 vom 26.2.2009, S 74
- Entscheidung Nr. 2009/450/EG der Kommission vom 13. Mai 2009 über die Auswahl der Betreiber europaweiter Systeme, die Satellitenmobilfunkdienste (MSS) erbringen, ABI L 149 vom 12.06.2009, S 65.
- Entscheidung 2009/766/EG der Kommission vom 16. Oktober 2009 zur **Harmonisierung des 900 MHz-Bands und des 1800 MHz-Bands** für terrestrische Systeme, die europaweit elektronische Kommunikationsdienste in der Gemeinschaft erbringen können, ABI L 274 vom 20.10.2009, 32.
- Beschluss 2010/166/EU der Kommission vom 19. März 2010 über harmonisierte Frequenznutzungsbedingungen für den Betrieb von **Mobilfunkdiensten an Bord von Schiffen** (MCV-Dienste) in der Europäischen Union, ABI L 72 vom 20.03.2010, S 38.

---

<sup>23</sup> Die Aufforderung zur Bewerbung für europaweite Systeme, die Satellitenmobilfunkdienste (MSS) erbringen, wurde in ABI C 201 vom 7.8.2008, S. 4, veröffentlicht. Am 14.5.2009 entschied die Kommission über die Auswahl von Inmarsat Ventures Limited und Solaris Mobile Limited.

- Beschluss 2010/267/EU der Kommission vom 6. Mai 2010 über harmonisierte **technische Bedingungen für die Nutzung des Frequenzbands 790-862 MHz** für terrestrische Systeme, die elektronische Kommunikationsdienste in der Europäischen Union erbringen können, ABI L 117 vom 11.5.2010, S. 95.

In der Umsetzung des neuen Rechtsrahmens sind auch **Empfehlungen** und **Leitlinien** der Europäischen Kommission von wesentlicher Bedeutung, insb.:

- Empfehlung der Kommission vom 17. Dezember 2007 über **relevante Produkt- und Dienstmärkte** des elektronischen Kommunikationssektors, die aufgrund der Richtlinie 2002/21/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über einen gemeinsamen Rechtsrahmen für elektronische Kommunikationsnetze und -dienste für eine Vorabregulierung in Betracht kommen (2007/879/EG), ABI L 344 vom 28.12.2007, S. 65.
- Empfehlung der Kommission vom 15.10.2008 zu den **Notifizierungen, Fristen und Anhörungen** gemäß Artikel 7 der Richtlinie 2002/21/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über einen gemeinsamen Rechtsrahmen für elektronische Kommunikationsnetze und -dienste (2008/850/EG), ABI L 301 vom 12.11.2008, S 23.
- Leitlinien der Kommission zur **Marktanalyse** und Ermittlung beträchtlicher Marktmacht nach dem gemeinsamen Rechtsrahmen für elektronische Kommunikationsnetze und -dienste (2002/C 165/03); ABI C 165 vom 11.7.2002, S 6.
- Empfehlung der Kommission vom 19. September 2005 über die **getrennte Buchführung und Kostenrechnungssysteme** entsprechend dem Rechtsrahmen für die elektronische Kommunikation (2005/698/EG); ABI L 266 vom 11.10.2005, S 64.
- Empfehlung der Kommission vom 7. April 2008 über die Genehmigung von Mobilfunkdiensten an Bord von Flugzeugen (**MCA-Diensten**) in der Europäischen Gemeinschaft (2008/295/EG), ABI L 98 vom 10.04.2008, S 24.
- Empfehlung 2009/396/EG der Kommission vom 7. Mai 2009 über die Regulierung der **Festnetz- und Mobilfunk-Zustellungsentgelte** in der EU, ABI L 124 vom 20.5.2009, S 67
- Empfehlung 2009/387/EG der Kommission vom 12. Mai 2009 zur Umsetzung der Grundsätze der Wahrung der Privatsphäre und des Datenschutzes in **RFID**-gestützten Anwendungen, ABI L 122 vom 16.5.2009, S 47
- Empfehlung 2010/572/EU der Kommission vom 20. September 2010 über den regulierten Zugang zu Zugangsnetzen der nächsten Generation (NGA), [ABI L 251 vom 25.9.2010, S 35](#)

## Anhang – Verordnungsermächtigungen im TKG 2003

Grundlage im TKG 2003	Kurzbezeichnung	Zuständige Behörde	Bestehende Verordnung
§ 7	Richtsätze <sup>24</sup>	RTR KommAustria <sup>25</sup>	TRV 2009 RRV 2009
§ 16 Abs 3	Sicherheit des Netzbetriebes	BMVIT	[s a. EMVV 2006] <sup>26</sup>
§ 16 Abs 5	Sicherheit des Netzbetriebes in Bezug auf Rundfunknetze und die Übertragung von Rundfunksignalen	KommAustria im Einvernehmen mit BMVIT	-
§ 16 Abs 4	Maßnahmen zur Sicherstellung der Verfügbarkeit <sup>27</sup>	Bundeskanzler im Einvernehmen mit dem BMVIT	-
§ 17 Abs 2	Dienstqualität	BMVIT	- (für Universaldiensteanbieter tw. in UDV geregelt)
§ 23 Abs 3	Mobile Nummernübertragbarkeit	BMVIT	-
§ 24 Abs 1 und 2	Entgelte, Eventtarifierung, Entgeltinformationen (Mehrwertdienste)	RTR	KEM-V
§ 27 Abs 1	Qualität des Universaldienstes	BMVIT	UDV
§ 29 Abs 4	Aussetzung von Universaldienst-Verpflichtungen	BMVIT	-
§ 36 Abs 1	Marktdefinition	RTR, KommAustria	TKMVO 2003 und 2008; RFMVO 2004
§ 49 Abs 2	Nähere Bedingungen zur Zusammenschaltung	BMVIT	Zusammenschaltungsverordnung

<sup>24</sup> § 7 TKG 2003 betrifft Nutzungsrechte an durch Recht gesicherten Leitungen oder Anlagen, für deren Mitbenutzung eine angemessene Entschädigung zu zahlen ist. Die Bestimmung beinhaltet keine ausdrückliche Verordnungsermächtigung, sondern legt fest: „Die Regulierungsbehörde legt binnen sechs Monaten im Einvernehmen mit Vertretern der betroffenen Parteien bundesweit einheitliche Richtsätze zur einmaligen Abgeltung fest, die in geeigneter Form kundzumachen und auf Verlangen auszuführen sind.“ Die zuständigen Behörden haben die Richtsätze in Verordnungsform erlassen.

<sup>25</sup> Gemäß § 120 Abs 1 TKG 2003, wenn sich eine Regulierungsmaßnahme auf einen Markt für die Verbreitung von Rundfunk oder Rundfunkzusatzdiensten bezieht

<sup>26</sup> Vgl FN 10!

<sup>27</sup> § 16 Abs 4 TKG 2003 ermöglicht es dem Bundeskanzler im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie dem jeweiligen Stand der Technik entsprechend „die Maßnahmen [zu] bestimmen, die erforderlich sind, um auch bei Vollaussfall des öffentlichen Telefonfestnetzes oder in Fällen höherer Gewalt die Verfügbarkeit von öffentlichen Telefonfestnetzen und von öffentlichen Telefondiensten an festen Standorten sicherzustellen.“ Soweit ein genereller Adressatenkreis betroffen ist, kann es sich dabei wohl nur um eine Verordnung handeln.

§ 51 Abs 2	Frequenzbereichszuweisungsplan	BMVIT	FBZV 2005
§ 52 Abs 1	Frequenznutzungsplan	BMVIT	FNV 2005
§ 53	Frequenzzuteilungsplan	BMVIT	BFV (BSFV)
§ 63 Abs 1	Plan für Kommunikationsparameter	RTR	KEM-V, SKP-V
§ 67 Abs 1	Nutzungsentgelt für Kommunikationsparameter	BMVIT	- <sup>28</sup>
§ 73 Abs 3	Technische Anforderungen für Funkanlagen und Telekommunikationsendeinrichtungen	BMVIT	EMVV 2006 (BSFV)
§ 74 Abs 3	Generelle Bewilligungen für Funkanlagen	BMVIT	Verordnung, mit der generelle Bewilligungen erteilt werden
§ 75 Abs 2	Bewilligungspflicht für Funkanlagen	BMVIT	Funkempfangsanlagenverordnung
§ 76 Abs 3	Konformitätserklärung und Kennzeichnung für Funkanlagen	BMVIT	Konformitätsbewertungsverordnung, FEKV, Endgeräte-Herstellererklärungsverordnung
§ 77 Abs 2	Kennzeichnung von Funkanlagen	BMVIT	FEKV
§ 82 Abs 3	Gebühren für Verwaltungsverfahren und Frequenzzuteilung und -nutzung	BMVIT im Einvernehmen mit BMF	TKGV
§ 82 Abs 6	Gebühren für Frequenzen, die für Rundfunk im Sinne des BVG-Rundfunk vorgesehen sind	KommAustria	Rundfunk-Frequenznutzungsgebührenverordnung (RFGV)
§ 90 Abs 2	Erstellung von Statistiken	BMVIT	KEV
§ 94 Abs 2	Kostenersatz für die Mitwirkung an der Überwachung	BMJ im Einvernehmen mit BMVIT, BMF, BMI und BMLV	ÜKVO, IKVO
§ 94 Abs 3	Technische Einrichtungen für Überwachung	BMVIT im Einvernehmen mit BMI und BMJ <sup>29</sup>	ÜVO
§ 100 Abs 2	Form und Detaillierungsgrad des Entgeltnachweises	RTR	EEN-V
§ 118 Abs 7	Sitzungsgeld Telekom-Control-Kommission	BMVIT im Einvernehmen mit BMF	Verordnung über die Sitzungsgelder der Telekom-Control-Kommission (BGBl II 1998/219 idF BGBl II 2001/380)

<sup>28</sup> Im TKG 1997 bestand ebenfalls eine Verordnungsermächtigung für den BMVIT zur Festlegung eines Nutzungsentgelts § 60 TKG 1997); eine entsprechende Verordnung wurde jedoch nicht erlassen.

<sup>29</sup> Beachte dazu § 94 Abs 3 letzter Satz TKG 2003: „Nach Erlassung der Verordnung ist unmittelbar dem Hauptausschuss des Nationalrates zu berichten.“